



Deutsche Schmerzgesellschaft e.V.
Sektion der International Association for the Study of Pain (IASP)



Aktionstag
gegen den Schmerz

PRESSEMITTEILUNG zum „Aktionstag gegen den Schmerz“ Sperrfrist: 6. Juni 2017, 10:00 h

„Schmerz-Indikator einführen und Lücken der Schmerzversorgung schließen!
Schmerzpräsident Prof. Dr. Martin Schmelz: „Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Schmerzbehandlung.“

Berlin, 6. Juni 2017 „Jeder Mensch hat das Recht auf eine angemessene Schmerzlinderung“, so Schmerzpräsident Prof. Dr. Martin Schmelz. Ähnlich wie im Bereich der Hygiene müsse die Gesundheitspolitik einen „Schmerz-Indikator“ zur Sicherstellung der Qualität in der Schmerztherapie einführen. „Die Krankenhausqualität muss auch bei der Schmerzbehandlung besser und vergleichbar werden“, fordert Schmerzpräsident Prof. Schmelz. Anlässlich des diesjährigen „Aktionstags gegen den Schmerz“ fordert die Deutsche Schmerzgesellschaft, Krankenhäuser so aufzustellen, dass Patienten beispielsweise nach Operationen keine unnötigen Schmerzen erleiden. „Studien zeigen: In rund der Hälfte der Kliniken ist das derzeit nicht gut geregelt, und deshalb erleiden Patienten unnötige Schmerzen“, so Schmerzpräsident Prof. Dr. Martin Schmelz.

„Doch auch bei der Versorgung mehrerer Millionen Patienten mit chronischen Schmerzen gibt es enorme Probleme“, so Prof. Schmelz. „Bei chronischen Schmerzen, wenn also der Schmerz über Monate anhält und lebensbestimmend wird und die Patienten erheblich leiden, brauchen wir einen besseren Zugang zu Schmerzspezialisten, beispielsweise im Rahmen einer Therapie, die auch Physiotherapeuten und Schmerzpsychologen in die Behandlung eng einbezieht“, so der Experte. Doch derzeit dauert es oftmals Jahre, bis Patienten den Weg zu einer guten Therapie im Dschungel des Gesundheitswesens finden. „Hier müssen die Akteure der Gesundheitspolitik, wie z. B. Krankenkassen, Kassenärztliche Vereinigungen sowie Landes- und Bundesregierung wirksamer als bisher handeln, um die angemessene Schmerzbehandlung der Patienten, aber auch den Nachwuchs an Schmerzspezialisten sicherzustellen“, fordert der Schmerzpräsident. Das aktuelle vollständige Papier mit Detailempfehlungen an die Gesundheitspolitik finden Sie im Anhang sowie auf der Homepage www.dgss.org sowie www.aktionstag-gegen-den-schmerz.de

Anlässlich der aktuellen Debatte um die Umsetzung des Gesetzes „Cannabis als Medizin“ fordert die Deutsche Schmerzgesellschaft e. V. ganz klar: Auch wenn Cannabis keineswegs als Wundermedizin zu betrachten ist, so kann es nicht sein, dass gerade die Patienten, die bisher schon eine Ausnahmegenehmigung vom bisher zuständigen Bundesamt hatten oder bei denen im Einzelfall die Verordnung von Cannabis als Medizin eine Hilfe sein kann, nach der erfolgten Gesetzesänderung schlecht gestellt werden und oftmals keinen Zugang zur Kostenübernahme durch die Krankenkassen haben. „Ich fordere Politik und Kassen auf, diese Umsetzungshürden unverzüglich zu beseitigen“ so Schmerz-Präsident Prof. Dr. Martin Schmelz.

Hinweise für die Medien: www.aktionstag-gegen-den-schmerz.de

Das Aktionstag-Logo können Sie bei Meldungen nutzen, insbesondere freuen wir uns auf Hinweise auf die für Patienten kostenlose **Patientenhotline-Tel.nr: 0800-18 18 120 (6. Juni 2017, 9:00 Uhr–18:00 Uhr)**. Die Deutsche Schmerzgesellschaft e. V. ist mit rund 3.500 Mitgliedern die größte wissenschaftliche Schmerzgesellschaft Europas und ruft seit 2012 immer am ersten Dienstag im Juni in Kooperation mit weiteren Schmerzorganisationen den Aktionstag gegen den Schmerz aus.

Ansprechpartner für die Presse:

Thomas Isenberg, Geschäftsführer der Deutschen Schmerzgesellschaft e. V.

presse@dgss.org, www.dgss.org sowie Tel.: 030-39409689-1, Handy: 0171-7831155, Fax: 030-39409689-9
Deutsche Schmerzgesellschaft e. V., Bundesgeschäftsstelle, Alt-Moabit 101b, 10559 Berlin